



Berlin, Mai 2007

Hintergrundpapier

## **Internationale Klimakonferenz vom 7.5. bis 18.5.2007 in Bonn**

Am heutigen Montag beginnen in Bonn 12-tägige internationale Klimaschutzberatungen.

Insgesamt finden in Bonn drei Sitzungen statt:

- die 26. Sitzung der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls (7.–18. Mai 2007)
- die dritte Sitzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls (14.–18. Mai 2007)
- die dritte von vier Dialogsitzungen aller Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention zur Fortentwicklung des internationalen Klimaschutzregimes (16.–17. Mai 2007)

An den Beratungen in Bonn werden mehr als 1000 Vertreter und Vertreterinnen der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls auf Fachebene sowie von Umweltverbänden, Unternehmen und der Wissenschaft teilnehmen. Deutschland wird als Präsidentschaft die EU-Delegation bei den Verhandlungen in Bonn leiten.

### **Welche Ziele werden in Bonn verfolgt?**

Ziel der Beratungen in Bonn ist es, die Verhandlungen auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention, die zugleich als 3. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls tagen wird, auf Bali vorzubereiten. Auf der vom 3.-14.12.2007 stattfindenden Konferenz soll ein umfassender Verhandlungsprozess für ein Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 vereinbart werden.

### **Wohin soll der Gesamtprozess führen?**

Im Frühjahr hat der Europäische Rat nochmals unterstrichen, dass der globale Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau begrenzt werden muss, um den Klimawandel in beherrschbaren Grenzen zu halten. Global müssen die Emissionen deshalb in den kommenden 10-15 Jahren ihren Höhepunkt erreichen und dann bis zur Mitte des Jahrhunderts gegenüber 1990 etwa halbiert werden.

Historisch haben Industrieländer den größten Teil der Treibhausgasemissionen verursacht und sind somit hauptverantwortlich für den Klimawandel. Ihre Pro-Kopf-Emissionen werden diejenigen in den Entwicklungsländern auf absehbare Zeit deutlich übersteigen. Industrieländer müssen daher ihre Emissionen weiter und sehr viel deutlicher reduzieren.

Ein ungebremstes Wachstum der Emissionen in Entwicklungsländern, insbesondere in den sich ökonomisch rasch entwickelnden Schwellenländern wie China oder Indien, würde jedoch dazu führen, dass die Gesamtemissionen der Entwicklungsländer den der Industrieländer übersteigen. Entwicklungsländer, insbesondere diejenigen, deren Emissionen in den kommenden Jahren stark anwachsen werden, müssen daher angemessen in ein künftiges Klimaschutzregime eingebunden werden. Entwicklungsländer fürchten, durch zu schnell eingeführte strikte Maßnahmen beim Klimaschutz an wirtschaftlicher Entwicklung gehindert zu werden. Schwellenländer wie Mexiko, aber auch China erkennen jedoch auch ihre grundsätzliche Verantwortung für den globalen Klimaschutz an. Der Fortschritt des internationalen Klimaschutzprozesses hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, im Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Ängste abzubauen, vorhandenes Vertrauen zu stärken und neues zu bilden.

Ein künftiges Klimaschutzabkommen wird nur dann für alle Vertragsstaaten akzeptabel sein, wenn es von ihnen als fairer Interessenausgleich wahrgenommen wird und wenn es für alle Staaten attraktive Anreize beinhaltet, die mit den verbundenen Verpflichtungen balancieren.

### **Weshalb wird die Entscheidung auf Bali gebraucht?**

- Der jüngste IPCC-Bericht hat nochmals verdeutlicht, wie dringend rasches Handeln im Klimaschutz ist.
- Die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls endet 2012. Die Kohlenstoffmärkte, die gerade durch den Emissionshandel auf Grundlage des Protokolls und den daraus hervorgegangenen europäischen Emissionshandel entstanden sind, benötigen kalkulierbare Rahmenbedingungen. Die künftigen Investitionen in die Energiewirtschaft werden nur dann in eine klimafreundliche Richtung gelenkt, wenn Kohlenstoff einen Preis hat.
- Wird berücksichtigt, dass ein neues Klimaschutzabkommen eine gewisse Zeit benötigt, um von den Vertragsstaaten ratifiziert zu werden, dann muss ein neues internationales Abkommen spätestens 2009 vereinbart werden. Ein Beschluss in diesem Jahr auf Bali würde der Staatengemeinschaft zwei Jahre Verhandlungszeit lassen. Dies ist mindestens erforderlich, um ein so komplexes Gebilde wie das Abkommen für die Zeit nach 2012 zu vereinbaren.

### **Was wird im Zukunftsprozess (Montrealer Aktionsplan) konkret verhandelt?**

Der Montrealer Aktionsplan ist der Fahrplan für die Fortentwicklung des internationalen Klimaabkommens für den Zeitraum nach 2012. Er fasst die drei in Montreal (11. Vertragsstaatenkonferenz (VSK) der Klimarahmenkonvention und 1. VSK des Kyoto-Protokolls) gefassten Beschlüsse zur Zukunft des Klimaschutzregimes zusammen:

- Die Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls vereinbarten in Montreal, den erfolgreich begonnenen Weg des Kyoto-Protokolls mit verbindlichen Emissionsobergrenzen und Verpflichtungen zur Emissionsminderung für Industriestaaten auch nach 2012 fortsetzen zu wollen. Zur weiteren Ausgestaltung wurde die Einrichtung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe beschlossen. Sie soll ihre Arbeiten so abschließen, dass keine Lücke zwischen der ersten

(2008-2012) und der zweiten Verpflichtungsperiode (ab 2013) des Kyoto-Protokolls entsteht. Hauptaufgabe der dritten Sitzung in Bonn wird die Diskussion der Minderungspotentiale von Industriestaaten sein. Die EU wird ihre klima- und energiepolitischen Ziele in diese Diskussionen einbringen und andere Industriestaaten anregen, ihre Vorstellungen zu konkretisieren. Basis für die Entscheidung zur Einsetzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe ist Art. 3.9 des Kyoto-Protokolls, der für das Jahr 2005 eine Überprüfung der Verpflichtungen der Industrieländer vorsah.

- Die Überprüfung aller Verpflichtungen unter dem Kyoto-Protokoll ist in Art. 9.2 vorgesehen. Die Vertragsstaatenkonferenz in Nairobi im November 2006 hat beschlossen, dass die Vertragsstaaten ihre Vorstellungen zur Überprüfung bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz auf Bali konkretisieren. In Bonn finden hierzu keine Verhandlungen statt.
- In einem breiteren Dialog über die Ausweitung der Verpflichtungen unter der Klimarahmenkonvention sollen insbesondere Optionen zu stärkerer Einbeziehung von Entwicklungsländern in ein künftiges Klimaschutzregime erörtert werden. An ihm nehmen alle Staaten, d. h. auch die USA und Australien teil. In Bonn wird die dritte von vier vereinbarten Sitzungen des Dialogs stattfinden. Inhaltlich geht es um die Themen Anpassung und Technologie. Beide Themen werden in einem künftigen Klimaschutzabkommen eine zentrale Rolle spielen. Die EU wird ihre Vorstellungen dazu präsentieren. Der vierte Dialog ist für den Spätsommer geplant. Im Dezember soll der 13. Vertragsstaatenkonferenz auf Bali über das Ergebnis berichtet und dann über das weitere Vorgehen entschieden werden.

### **Welche Rolle spielt die EU?**

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben im Frühjahr eine ambitionierte Klimaschutz- und Energiepolitik beschlossen. Diese sendet ein deutliches Signal für die Klimaschutzverhandlungen auf Bali. Die EU ist bereit, im Rahmen eines globalen Klimaschutzabkommens ihre Emissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, wenn andere Industriestaaten sich zu vergleichbaren Anstrengungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen angemessenen Beitrag leisten. Unabhängig von einem künftigen Übereinkommen wird die EU ihre Emissionen um mindestens 20 Prozent reduzieren. Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf 20 Prozent erhöht werden, Biokraftstoffe sollen 10 Prozent am Kraftstoffverbrauch erreichen. Die Energieeffizienz soll um 20 Prozent gegenüber „business as usual“ (d. h. den ohnehin erwarteten Trend) gesteigert werden.

Der Schritt der EU, ein ambitioniertes unabhängiges Ziel und ein Verhandlungsziel zu vereinbaren, ist ein wichtiges Signal, bestehende Blockaden in den Verhandlungen zu überwinden. Bisher war kein Industrieland bereit, seine möglichen Minderungsanstrengungen zu quantifizieren. Jede Partei wartete auf den ersten Schritt der Anderen. Die Minderungsanstrengungen der EU sind zugleich ein Signal, welche Maßnahmen die EU in den Entwicklungsländern realisieren will. Das so erreichbare Investitionsvolumen ist ein wichtiger Anreiz für Entwicklungsländer.

### **Welchen Nutzen hat Deutschland von aktiver Klimaschutzpolitik?**

Der Bericht des Chefökonom der britischen Regierung, Sir Nicholas Stern, zeigt die wirtschaftlichen Chancen, die für Deutschland mit einer aktiven Klimaschutzpolitik verbunden sind. Mittel- und langfristig ist eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung nur möglich, wenn der Klimawandel wirksam auf einem tolerablen Niveau begrenzt wird. Für Deutschland und für die

Europäische Union gilt es, die Chancen des Klimaschutzes für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft offensiv zu nutzen.

Es lohnt sich nicht nur für das Klima, sondern auch für die Wirtschaft und die Beschäftigten:

- die Energieeffizienz zu steigern, denn Energieeffizienz ist Kosteneffizienz, und das steigert die Wettbewerbsfähigkeit;
- die Energiewende zu forcieren und in den Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso zu investieren wie in moderne, hocheffiziente Kraftwerke auf fossiler Basis.

### **Welche Rolle spielt Deutschland in der internationalen Klimaschutzpolitik?**

Als eine der größten Industrienationen der Welt wird Deutschland auch künftig eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. Deutschland hat die Wirtschaftskraft, exzellente Ingenieure und Kapazitäten, um innovative Lösungen gegen den Klimawandel zu finden und anzuwenden. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft wurde die kohärente und ambitionierte Klimaschutz- und energiepolitische Strategie der EU vereinbart.

Deutschland wird sich verstärkt für bilaterale Energie- und Klimazusammenarbeit mit Entwicklungsländern einsetzen, um auf diese Weise den multilateralen Prozess zu unterstützen. Ein Baustein dieser Zusammenarbeit ist die CDM-Initiative (CDM: Clean Development Mechanism - Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung). Das Bundesumweltministerium stellt interessierten Unternehmen Hilfen zur Verfügung, den CDM zu nutzen. Mit einem Kurz-Check werden gute Projekte identifiziert. Ein Handbuch hilft, die für den Antrag notwendigen Dokumente zu erstellen. In Kürze wird eine Datenbank zur Verfügung stehen, die best practice Beispiele zusammenfasst. Mit der Unterzeichnung sog. Memoranden of Understanding wird die politische Basis für die Zusammenarbeit mit Partnerländern geschaffen. Das Bundesumweltministerium hat eine Anlaufstelle eingerichtet, die in kürzester Zeit Kontakt mit den zuständigen Stellen verschafft.

### **Was passiert auf der Sitzung der Nebenorgane?**

Auf der Sitzung der Nebenorgane werden die Fachthemen zur konkreten Ausgestaltung und zur Weiterentwicklung der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls erörtert und verhandelt. Entscheidungen der Vertragsstaatenkonferenz im Dezember werden vorbereitet. Auf der Tagesordnung stehen die weitere Konkretisierung der Struktur des Anpassungsfonds, die Diskussion des Budgets, Vorschläge zur Berücksichtigung der Emissionen aus Entwaldung in Entwicklungsländern und mehrere Workshops, die die Minderungspotentiale im Bereich der Stadtentwicklung, bei der Energieerzeugung und im Bereich der Energieeffizienz diskutieren.